

FDP

Die Liberalen

## Presseinformation

Nr. 277 / 2013

Kiel, Freitag, 31. Mai 2013

Verkehr / Infrastruktur

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
Vorsitzender

**Christopher Vogt, MdL**  
Stellvertretender Vorsitzender

**Dr. Heiner Garg, MdL**  
Parlamentarischer Geschäftsführer

### Christopher Vogt: Wir müssen das Rad nicht neu erfinden

In seiner Rede zu TOP 29 (Charta für Bürgerbeteiligung bei der Planung von Infrastrukturvorhaben) erklärt der verkehrspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Zunächst einmal muss die Frage erlaubt sein, seit wann der Landtag eigentlich Chartas behandelt. Mir war das bisher nur aus dem Völkerrecht bekannt, und ich dachte bisher auch immer, der Landtag würde Gesetze und Anträge beschließen, aber bei den Piraten lernt man anscheinend nie aus.

Wenn man den heute vorliegenden Antrag lesen würde, ohne dass man sich vorher mit den vorhandenen Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung beschäftigt hätte, dann könnte man glauben, dass die Piraten die Bürgerbeteiligung gerade erfinden würden. Dabei gibt es bereits heute zahlreiche und umfassende Möglichkeiten, und wie das derzeit laufende Raumordnungsverfahren zur Hinterlandanbindung der Festen Fehmarnbeltquerung zeigt, mit seinen zahlreichen Stellungnahmen von Bürgern und Bürgerinitiativen, gibt es daran auch ein großes Interesse in der betroffenen Region.

Meine Fraktion ist grundsätzlich für eine transparentere Politik mit angemessener Bürgerbeteiligung, wir dürfen aber auch nicht übersehen, dass das Planungsrecht bereits heute teilweise zu kompliziert ist und die Verfahren zu lange dauern, was zu Kostensteigerungen und Frustration bei vielen Bürgerinnen und Bürgern führt.

Es stellen sich bei diesem Thema doch zwei zentrale Fragen. Erstens: Haben wir nicht bereits eine umfassende Beteiligung der Bürger, deren Möglichkeiten bisher vielleicht einfach zu wenigen Bürgern bekannt sind? Die Antwort darauf lautet aus meiner Sicht: Ja, wir haben bereits eine frühzeitige Bürgerbeteiligung bei großen Infrastrukturprojekten. Die Bürger haben im Rahmen der strategischen Umweltprüfung (SUP) die Möglichkeit, sich formell bereits bei der

Aufstellung der Bedarfspläne zu beteiligen. Dies wird vor allem im Zuge der Verabschiedung des neuen Bundesverkehrswegeplanes zum Tragen kommen. Nach der Beteiligung im Rahmen der SUP können sich die Bürger im Raumordnungsverfahren direkt zu elementaren Fragen, wie z.B. dem Streckenverlauf und technischen Ausführungsmerkmalen, äußern. Abschließend werden die Bürger im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens ein drittes Mal beteiligt. Ich denke, es wäre eine große Verbesserung, wenn verstärkt über diese Möglichkeiten aufgeklärt würde, wobei wir in Schleswig-Holstein mit der Planung der Stromtrasse an der Westküste und der Hinterlandanbindung der Festen Fehmarnbeltquerung zwei Beispiele haben, bei denen die Bürgerbeteiligung meines Erachtens gut funktioniert.

Die zweite zentrale Frage ist: Können wir die Bürgerbeteiligung überhaupt noch sinnvollerweise weiter ausweiten, und wo stoßen wir an unsere Grenzen?

Sie fordern heute in Ihrem Antrag, bei allen Infrastrukturmaßnahmen bereits vorher die Bürger einzubinden. Damit fordern Sie de facto einen Volksentscheid zu jedem Infrastrukturprojekt in unserem Bundesland, und ich stelle mir wirklich die Frage, wie sie sich das in der Praxis vorstellen. Sollen nur die Menschen befragt werden, die direkt betroffen sind oder grundsätzlich alle Schleswig-Holsteiner? Wer entscheidet, wer betroffen ist und wer nicht betroffen ist? Wollen Sie die Menschen per Internet befragen oder wollen sie einmal im Monat einen Volksentscheid einberufen? Wenn man nur mal die Projekte betrachtet, die derzeit laufen, dann stellt man fest, dass wir an allen vier Autobahnen in Schleswig-Holstein große Baustellen haben, es werden derzeit sieben Ortsumgehungen gebaut und etliche weitere Sanierungsmaßnahmen sind im Gange. Eine Fülle an Projekten, bei der eine landesweite Bürgerbeteiligung nicht möglich wäre und meines Erachtens auch gar nicht sinnvoll ist. Die von den Piraten aufgestellten Forderungen würden zu einer Blockade der meisten Infrastrukturprojekte in Schleswig-Holstein führen.

Wir haben bereits heute eine gute Beteiligungsmöglichkeiten bei der Planung und Durchführung von Infrastrukturprojekten und einige der im Antrag formulieren Forderungen sind ja auch mitnichten neu oder gar revolutionär, sondern schon heute Realität. Bei der Aufklärung über die Möglichkeiten und der Veröffentlichung von Informationen gibt es mit Sicherheit noch Luft nach oben. Wir müssen uns deshalb natürlich die Frage stellen, wie wir die bereits vorhandenen Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung optimieren können und an welchen Stellschrauben wir dafür drehen müssen. Das Rad neu erfinden müssen wir nicht, und neue Blockade-Möglichkeiten von Infrastrukturprojekten brauchen wir auch nicht. Wir werden dem Antrag der Piraten deshalb nicht unsere Zustimmung geben!“